

„Die Kapitulation der ökonomischen Vernunft“

BZ-INTERVIEW mit Oliver Landmann / Der Freiburger Wirtschaftsforscher spricht sich für eine Lockerung der staatlichen Schuldenbremse aus

FREIBURG. Die Schuldenbremse raubt der deutschen Wirtschaftspolitik die nötige Flexibilität, sagt der Freiburger Wirtschaftswissenschaftler Oliver Landmann. Die Regeln zu ändern, bedeutet für ihn aber nicht, dem Schuldenmachen Tür und Tor zu öffnen. Mit Landmann sprach Jörg Buteweg.

BZ: Herr Landmann, Deutschlands Wirtschaftsforscher diskutieren wild über die Schuldenbremse. Wundert Sie das?

Landmann: Etwas kurios wirkt das schon. Da glänzt Deutschland nun schon seit Jahren mit anhaltendem Wirtschaftswachstum, sinkender Arbeitslosigkeit und gesunden öffentlichen Finanzen – und die Zunft debattiert, ob der Staat nicht mehr Schulden machen können sollte.

BZ: Warum gibt es die Diskussion?

Landmann: Es gibt die Diskussion, weil Deutschland zu wenig in seine Zukunft investiert. Gerade im Bereich der öffentlichen Infrastruktur ist der Nachholbedarf groß. Sie kennen ja die Debatte um unsanierte Schulgebäude, marode Eisenbahnbrücken und das fehlende schnelle Internet. Gleichzeitig sind die Finanzierungsbedingungen auf dem Kapitalmarkt so günstig wie noch nie. Anleger in aller Welt reißen sich darum, ihr Geld in die sicheren Anleihen der Bundesrepublik Deutschland zu stecken, und sind dafür ja sogar bereit, draufzuzahlen. Die Rendite für zehn Jahre laufende deutsche Staatsanleihen ist negativ. Da fällt es schwer einzusehen, warum es nicht zulässig sein soll, auf dem Kapitalmarkt zum Nulltarif Geld für Investitionen in die öffentliche Infrastruktur aufzunehmen, die für die Gesellschaft eine hohe Rendite abwerfen. Dies entspreche elementarer kaufmännischer Logik.



Oliver Landmann

BZ: Das verhindert die Schuldenbremse?

Landmann: Der Spielraum ist minimal. Die Bundesländer dürfen keine Schulden mehr machen, der Bund darf – außer in Krisen – nicht mehr als 0,35 Prozent der Wirtschaftsleistung als Kredit aufnehmen. Strenge Regelbindungen laufen immer Gefahr, Flexibilität zu verunmöglichen, wo man sie eigentlich benötigte. Das Ifo-Institut hat vor Kurzem den Vorschlag gemacht, die öffentliche Hand solle sich Geld leihen, damit Aktien kaufen und mit den Dividen-

■ Entwicklung der Staatsverschuldung 2013 bis 2018



den später die Renten der Bundesbürger aufstocken. Ein origineller Vorschlag. Aber so etwas geht nur mit einem Sonderfonds. Innerhalb der regulären Haushalte erlaubt es die Schuldenbremse nicht, die Chancen des Kapitalmarkts zu nutzen.

BZ: Warum haben wir überhaupt eine Schuldenbremse im Grundgesetz?

Landmann: Dafür gibt es schon nachvollziehbare Gründe. In den vier Jahrzehnten vor Einführung der Schuldenbremse sind die Staatsschulden Deutschlands – also des Bundes, der Länder und der Gemeinden – unauffällig von unter 20 auf fast 80 Prozent der Wirtschaftsleistung angestiegen. Da war die Sorge berechtigt, dass die Schuldenlast – genauer: der zu leistende Schuldendienst – das Land erdrückt. Ideen für ein intelligenteres Schuldenmanagement lagen auf dem Tisch, aber leider hat man stattdessen zum Holzhammer gegriffen, um diese Entwicklung zu stoppen.

BZ: Die Schuldenbremse ist zu eng gefasst?

Landmann: Aus meiner Sicht schon. Die Schuldenbremse ist Ausdruck eines tiefen Misstrauens gegenüber der Fähigkeit der Politiker, vernünftig mit Geld umzugehen. Ihnen sollten einfach die Hände gebunden werden. Die gewählte Radikallösung ist die Kapitulation der ökonomischen Vernunft vor der Unvernunft der Politik.

BZ: Man hat also sehenden Auges in Kauf genommen, dass der Staat dann kaum Geld für Investitionen hat?

Landmann: Die Befürworter der Schuldenbremse argumentieren, dass die Politik halt Prioritäten setzen muss. Aber die Schuldenbremse ändert nichts daran, dass Politiker der Versuchung nachgeben, mit konsumtiven Ausgaben zu Lasten der Zukunft Wählerstimmen zu gewinnen. Sozia-

le Wohltaten, wie zuletzt Baukindergeld oder Mütterrente, stiften sofort Konsumnutzen. Versäumnisse bei den Zukunftsinvestitionen rächen sich erst später.

BZ: Trotzdem scheint es in Deutschland sehr populär, ohne neue Schulden zu leben. Bundeskanzlerin Merkel hat oft auf die schwäbische Hausfrau verwiesen.

Landmann: Die schwäbische Hausfrau ist ja auch unbestreitbar ein Rollenmodell, dem man gewisse Qualitäten nicht absprechen kann.

BZ: Die Bundeskanzlerin hat das ja nicht so häufig wiederholt, um Schwäbinnen zu loben, sondern sie wollte etwas vermitteln zum Umgang mit Steuergeld.

Landmann: Sie überträgt das, was für den privaten Haushalt vernünftiges, rationales Verhalten ist, auf den Staatshaushalt. Die Analogie ist aber problematisch.

BZ: Warum?

Landmann: Ganz grundsätzlich schaut jeder private Haushalt nur für sich selbst, wogegen der Staatshaushalt nie Selbstzweck sein darf, sondern im Dienste des Gemeinwohls stehen sollte. Dies bedeutet etwa, dass wenn die Privaten in Krisenzeiten den Gürtel enger schnallen müssen, der Staat genau das Gegenteil tun sollte. Weil der Staat die Macht hat, Steuern zu erheben, und weil er einen unbegrenzten Planungshorizont hat, besitzt er auch eine größere Kapazität, sich zu verschulden, wenn dies im gesamtwirtschaftlichen Interesse geboten ist.

BZ: Heute liegt die Verschuldung des Staates bei rund 58 Prozent der Wirtschaftsleistung. Tendenz weiter sinkend. Wäre es also Zeit, die Schuldenbremse abzuschaffen?

Landmann: Ich sehe nicht, wie sich in

Bundestag und Bundesrat die dafür notwendige Zweidrittelmehrheit finden sollte. Eine weniger rigide Schuldenregel wäre aber schon wünschenswert.

BZ: Wie könnte das aussehen?

Landmann: Man könnte erlauben, Netto-Investitionen des Staates mit Schulden zu finanzieren. Damit wir uns da nicht falsch verstehen: Aktuell gibt es bei der guten Wirtschaftslage keinen Anlass, die Wirtschaft mit zusätzlichem Geld anzukurbeln. Auch gäbe es in der Baubranche und im Handwerk – um nur zwei Beispiele zu nennen – derzeit kaum freie Kapazitäten. Aber man muss ja langfristig denken.

BZ: Sie plädieren für eine Änderung der Schuldenbremse. In den USA ist es inzwischen populär, einer Staatsverschuldung ohne Grenzen das Wort zu reden.

Landmann: Sie sprechen die sogenannte „Moderne Geldtheorie“ (Modern Monetary Theory) an. Diese besagt, dass der Staat überhaupt keine Finanzierungsrestriktion kennt, wenn er sich in seiner eigenen Währung verschulden kann, von der er so viel drucken kann, wie er will. Nach dieser Theorie ist die Staatsverschuldung kein Problem; erst wenn Inflation droht, ist eine Grenze erreicht. Ganz so einfach ist es zwar nicht. Aber diese Sicht der Dinge ist bei Präsidentschaftsbewerben, die mit teuren Versprechungen auf Stimmenfang gehen, verständlicherweise gerade sehr populär. Im Grunde macht es US-Präsident Donald Trump vor: Er reiht mit seinen Steuersenkungen Löcher in den Staatshaushalt, als gäbe es kein Morgen. Konjunkturpolitisch passt dies wie die Faust aufs Auge, aber finanzierbar ist es allemal.

BZ: Die italienische Regierung wird diese Theorie gerne hören.

Landmann: Nein, Italien kann sich ja nicht mehr in einer eigenen Währung verschulden, kein Land der Eurozone kann das. Das Beispiel Japans dagegen zeigt, dass die Staatsverschuldung auf weit über 200 Prozent der Wirtschaftsleistung steigen kann, ohne dass die Finanzmärkte deswegen beunruhigt wären oder eine Inflation drohte.

BZ: Wo liegen denn die Unterschiede zwischen Italien und Japan, wenn man vom Euro absieht?

Landmann: Es gibt viele Unterschiede, auch jenseits der Währung. Japans Regierung hat nicht nur hohe Schulden, sondern sie besitzt auch hohe Vermögenswerte. Und vor allem: Sie verfolgt mit ihrer Wirtschaftspolitik einen kohärenten Plan.

BZ: Taucht denn bei sehr hoch verschuldeten Staaten nicht das Problem auf, dass der Schuldendienst erdrückend wird?

Landmann: Doch, das kann passieren. Dann bleibt nur noch die Wahl zwischen Schuldenschnitt, Inflation oder Steuererhöhung – was einfach drei verschiedene Methoden sind, die Bürger zur Kasse zu bitten.

BZ: Spricht das grundsätzlich gegen die „Moderne Geldtheorie“?

Landmann: Es ist nicht alles falsch an dieser Theorie. Es ist auch nicht alles modern an ihr. Sie steht fest in der Tradition des frühen Postkeynesianismus der 1950er-Jahre und ist als solche zugeschnitten auf Bedingungen der Unterbeschäftigung, niedriger Inflation und niedriger Zinsen. Die Gefahr ist, dass sie leichtsinnige Politiker dazu verführt, zu vergessen, dass der volkswirtschaftliche Kuchen, den sich Staat und Bürger teilen können, endlich ist. Insofern stellt sie den Gegenpol zum Paradigma der schwäbischen Hausfrau und der deutschen Schuldenbremse dar. Die finanzpolitische Vernunft liegt irgendwo dazwischen.

Oliver Landmann (geb. 1952) ist Professor für theoretische Volkswirtschaftslehre an der Uni Freiburg. Er promovierte und habilitierte in Basel. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählt die Makroökonomie.

INFO

DIE SCHWARZE NULL

Der Verein Freiburger Diskurse, ein Diskussionsforum, das Heinrich Röder vom Grünen Emissionshaus ins Leben gerufen hat, veranstaltet am Samstag, 6. Juli, von 9 bis 17 Uhr in der Universität Freiburg, Hörsaal 1009, ein Seminar zum Thema Staatsverschuldung. Vier Referenten – Prof. Oliver Landmann, Dr. Dirk Ehnts, Dr. Günther Grunert und Dr. Michael Paetz – informieren über verschiedene Aspekte der Staatsverschuldung. Die Teilnahme ist kostenlos, Anmeldung unter: kontakt@freiburger-diskurse.de oder 0761-29656 600 **weg**